

Anfragen: Septembersession 2018

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Grosser Rat (Büro des Grossen Rates)			
10	Heyer (Perrefitte, FDP)	Könnte die Septembersession nicht erst am Dienstag beginnen?	3
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
11	Rüeggsegger (Riggisberg, SVP)	Welchen Einfluss hat der heisse Sommer auf die Planung und Ausführung von Hochwasserschutz-, Revitalisierungs- und Renaturierungsprojekte?	4
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
4	Etter (Treiten, BDP)	Regionale Satelliten für Agroscope	5
12	Boss (Saxeten, Grüne)	Grounding der SkyWork Airlines AG	6
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
7	Blum (Melchnau, SP)	Unterstützungsangebote für Lernende mit besonderem Förderbedarf beim Übergang von der Schule in den Beruf	7
Erziehungsdirektion ERZ			
1	Seiler (Trubschachen, Grüne)	Forschung	8
6	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Kostensteigerung bei den Kulturprojekten in der Schule	9
Polizei- und Militärdirektion POM			
2	Gullotti (Tramelan, SP)	Wie beteiligt sich der Kanton Bern am Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus?	10
3	Graber (Neuenstadt, SVP)	Offene Fragen im Zusammenhang mit der Eröffnung eines Rückkehrzentrums für Hunderte abgewiesene Asylsuchende am Standort des ehemaligen Jugendheims Prêles	11
5	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Transparenz bei der Informationspraxis zur angenommenen Motion 051-2016 vom 10.3.2016	12
8	Brönnimann (Mittelhäusern, glp)	Polizeieinsatz Schützenmatte 1./2. September 2018	13
9	Heyer (Perrefitte, FDP)	Soll der Zivilschutz kantonalisiert werden?	14
13	Ammann (Bern, AL)	Umgang mit Videoaufnahmen von Dritten bei Polizeieinsätzen – Rechtsgrundlagen und Ausbildungsinhalte	15



- | | | | |
|----|-------------------|---|----|
| 14 | Ammann (Bern, AL) | Umgang mit Videoaufnahmen von Dritten bei
Polizeieinsätzen – Dienstvorschriften und Be-
grifflichkeiten | 16 |
|----|-------------------|---|----|

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

- | | | | |
|----|--------------------------------|--|----|
| 15 | Alberucci (Ostermundigen, glp) | Möglichkeiten zur Unterstützung der Gemein-
de Ostermundigen im Zusammenhang mit
einer möglichen Fusion mit der Stadt Bern | 17 |
|----|--------------------------------|--|----|

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 03.09.2018

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortet durch: Büro des Grossen Rates

Könnte die Septembersession nicht erst am Dienstag beginnen?

Seit Juni 2018 gehört der Landwirtschaftsmarkt von Chindon – die Foire de Chindon – zu den lebendigen Traditionen der Schweiz. Dieser Markt findet jeweils am ersten Montag im September statt und wird jedes Jahr von über 50 000 Personen besucht. Die Mitglieder des Grossen Rates des Kantons Bern können jedoch nicht daran teilnehmen, weil die Septembersession jeweils an besagtem Montag beginnt.

Frage:

— Könnte es der Regierungsrat in Betracht ziehen, den Beginn der Septembersession auf den Dienstag zu verlegen?

Verteiler

- Büro des Grossen Rates
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 03.09.2018

Eingereicht von: Rüeegsegger (Riggisberg, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Welchen Einfluss hat der heisse Sommer auf die Planung und Ausführung von Hochwasserschutz-, Revitalisierungs- und Renaturierungsprojekte?

Im Kanton Bern befinden sich diverse Projekte in der Planungs- und Ausführungsphase. Der heisse Sommer 2018, mit wenig Wasser in den Fliessgewässern und entsprechender Hitze- einwirkung, hat grossen Einfluss auf die Ökologie und die Lebewesen in und an den Fliessgewässern. Durch geplante Abholzungen und Ausweitungen von Bach- und Flussläufen sind höhere Wassertemperaturen nicht zu vermeiden.

Fragen:

1. Inwieweit wird diese Ausgangslage in laufenden und in Planung stehenden Projekten berücksichtigt?
2. Wer kann geplante Abholzungen an Fliessgewässern (zwecks obgenannter Bauarbeiten) verhindern oder überprüfen lassen?
3. Um wie viel Grad müssen sich die Wassertemperaturen erhöhen, um für Lebewesen und Böschungsbepflanzungen zum Problem zu werden oder zu Veränderungen zu führen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 01.09.2018

Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP)

Beantwortet durch: VOL

Regionale Satelliten für Agroscope

In einem Interview hat die Leiterin von Agroscope, Frau Eva Reinhard, bekanntgegeben, dass die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten in der Schweiz umgebaut und zentralisiert werden sollen. Um näher mit der Praxis arbeiten zu können, schlägt Frau Reinhard ein Satellitensystem in den wichtigen landwirtschaftlichen Regionen vor.

Unter anderem wird in diesem Interview das Berner Seeland als möglicher Standort eines Satelliten erwähnt.

Fragen:

1. Wie steht die Regierung zu einem solchen Projekt von Agroscope bezüglich eines möglichen Satelliten im Berner Seeland?
2. Ist der Regierungsrat bereit, ein solches Projekt z. B. am INFORAMA in Ins für die Bereiche Boden und Spezialkulturen zu begünstigen?
3. Steht der Regierungsrat mit der Leitung von Agroscope diesbezüglich in Kontakt?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 03.09.2018

Eingereicht von: Boss (Saxeten, Grüne)

Beantwortet durch: VOL

Grounding der SkyWork Airlines AG

Das Grounding der Skywork hat Auswirkungen auf den Flughafen Bern-Belpmoos.

Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat das Grounding auf den beschlossenen Objektkredit zum Bauprogramm 2018-2020 für den Flughafen Bern?
2. Welche Massnahmen verfolgt der Regierungsrat bezüglich der verlorenen Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Grounding?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 02.09.2018

Eingereicht von: Blum (Melchnau, SP)

Beantwortet durch: GEF

Unterstützungsangebote für Lernende mit besonderem Förderbedarf beim Übergang von der Schule in den Beruf

Mit der Zunahme von integrativer Schulung von Kindern und Jugendlichen mit einer Beeinträchtigung muss dem Übergang von Schule und Beruf ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Es ist eine Tatsache, dass Jugendliche mit Beeinträchtigung häufig nach Beendigung der obligatorischen Schulzeit noch nicht soweit sind, dass sie direkt mit einer Ausbildung beginnen könnten. Aus diesem Grund wurde in der Bundesverfassung verankert, dass die Kantone für eine ausreichende Sonderschulung aller behinderten Kinder und Jugendlichen sorgen müssen bis längstens zum vollendeten 20. Altersjahr.

Der Beitrag zur Sozialen Sicherheit Nr. 9/17 (Angebote am Übergang für Jugendliche mit gesundheitlichen Einschränkungen) zeigt auf, dass die Abläufe rund um die Berufswahl und die spezifische Berufsvorbereitung der Jugendlichen mit einer Beeinträchtigung noch sehr uneinheitlich und wenig strukturiert sind und dass in diesem Bereich grosser Handlungsbedarf besteht. Ein strategisches Projekt von Compasso zeigt: Es gibt eine Korrelation zwischen einer guten und praxisorientierten Vorbereitung und einem guten Ausbildungsabschluss. Jugendliche, die einen grossen Anteil an konkreter Berufsvorbereitung besuchen können (Schnuppertage, Kurzpraktika), schliessen ihre Ausbildung erfolgreicher ab.

Einige Kantone haben bereits auf die neue Situation reagiert, so hat beispielsweise der Kanton Zürich ein Rahmenkonzept erstellt zur «Berufswahl- und Lebensvorbereitung von Jugendlichen in der Sonderschulung».

Im Kanton Bern führen die meisten Heilpädagogischen Schulen eine Werkklasse. Die beiden Institutionen für Jugendliche «Sunneschyn» Steffisburg und «Lerchenbühl» Burgdorf bieten ein Berufsreifungsjahr an. Voraussetzung zum Besuch dieser Angebote ist es, dass die Jugendlichen bei der IV angemeldet werden und dass die IV den Bedarf anerkennt.

Fragen:

1. Wurden bereits Massnahmen getroffen zur Institutionalisierung und Vereinheitlichung der Abläufe während der Phase der Berufswahl und der Lebensvorbereitung von Schülerinnen und Schülern mit einer Beeinträchtigung?
2. Welche Vorgaben gibt es bereits für die Schulung der Jugendlichen mit Beeinträchtigungen im Übergang von Schule und Beruf?
3. Besteht die Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler mit einer Beeinträchtigung die regulären Brückenangebote des Kantons nutzen können, auch wenn sie bei der IV angemeldet sind und wahrscheinlich eine Ausbildung PrA INSOS antreten werden?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 24.07.2018

Eingereicht von: Seiler (Trubschachen, Grüne)

Beantwortet durch: ERZ

Forschung

Mich interessiert, wo in Forschung investiert wird. Eventuell folgt eine Motion.

Fragen:

1. Wie viel Geld gibt der Kanton Bern gesamthaft bei den Universitäten, Hochschulen und anderswo für Forschung aus?
2. Bei welchen Themen wird geforscht, und wie viele finanzielle Mittel werden dort aufgewendet?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 02.09.2018

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Kostensteigerung bei den Kulturprojekten in der Schule

Letztes Jahr wurden mehr als 1,1 Mio. Franken für Kulturprojekte in der Schule ausgegeben.

Als Lehrperson habe ich die Erfahrung gemacht, dass eigene klassen- oder schulinterne Kulturprojekte, wie Musicals, Theater usw., viel zu einem guten Schulhausklima beigetragen haben, also sehr wertvoll waren. 2014 zahlte die ERZ gerade mal 3500 Franken und 2016 108 400 Franken an Kulturprojekte in der Schule.

Fragen:

1. Wie hoch sind die Kosten für die Administration (Prüfung der eingegebenen Projekte/ Zuteilung an Klassen)?
2. Wie hoch sind die Lohnkosten für die projektleitenden Kulturschaffenden?
3. Wurden die um das zehnfache erhöhten Kosten (von 2016 bis 2017) anderweitig kompensiert?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 27.08.2018

Eingereicht von: Gullotti (Tramelan, SP)

Beantwortet durch: POM

Wie beteiligt sich der Kanton Bern am Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus?

Ende November 2017 haben Bund, Kantone, Städte und Gemeinden einen Nationalen Aktionsplan (NAP) verabschiedet, der 26 Präventivmassnahmen gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus in all ihren Formen vorsieht. Laut entsprechender Bundesverordnung dienen diese Massnahmen der Sensibilisierung, Information, Wissensvermittlung, Beratung, Weiterbildung, Kompetenzentwicklung, Forschung, Vernetzung und Zusammenarbeit. Die Umsetzung dieses Programms obliegt den kantonalen und kommunalen Behörden. Der Bund setzt dafür während fünf Jahren insgesamt fünf Millionen Franken ein.

Der Kanton Bern könnte von diesen Bundesgeldern profitieren, indem er beispielsweise im Rahmen der Religionsstrategie, die derzeit erarbeitet wird, Präventionsprojekte lanciert, die sich an die Jugend richten.

Quellen:

<https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/news/2018/2018-05-16.html><https://www.ejpd.admin.ch/dam/data/fedpol/aktuell/news/2018/2018-05-16/erl-vo-d.pdf>

Fragen:

1. Inwiefern ist der Kanton Bern bei diesem Impulsprogramm beteiligt?
2. Gibt es auf Kantonsebene derzeit Überlegungen im Zusammenhang mit einer allfälligen Umsetzung dieses Programms? In Zusammenarbeit mit den Gemeinden?
3. Ist es insbesondere denkbar, dieses Programm in die Religionsstrategie zu integrieren, die derzeit im Kanton Bern erarbeitet wird?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 28.08.2018

Eingereicht von: Graber (Neuenstadt, SVP)

Beantwortet durch: POM

Offene Fragen im Zusammenhang mit der Eröffnung eines Rückkehrzentrums für Hunderte abgewiesene Asylsuchende am Standort des ehemaligen Jugendheims Prêles

Am 15. September 2017 wurde in einer Medienmitteilung der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern Folgendes angekündigt: *«Der Kanton Bern wird die Wohnräume des Landwirtschaftsbetriebs «La Praye» künftig als Unterkunft für Asylsuchende nutzen. Die betreffenden Wohngebäude gehörten zum ehemaligen Jugendheim Prêles in der Gemeinde Nods. Die neue Kollektivunterkunft für bis zu 100 Personen wird eröffnet, sobald zusätzliche Plätze erforderlich sind. Die Asylsuchenden werden von der Flüchtlingshilfe der Heilsarmee betreut und unterstützt.»*

Diese Ankündigung wurde in der betroffenen Region nicht bestritten. Im Frühjahr 2018 deutete vieles darauf hin, der Regierungsrat habe vor, ein anderes Projekt umzusetzen als jenes, das er einige Monate zuvor vorgestellt hatte. Wir haben dazu eine Interpellation eingereicht und danken dem Regierungsrat für seine Antwort. Der Regierungsrat bestätigt seine Absicht, im Frühjahr 2019 ein kantonales Rückkehrzentrum (RZKB) zu eröffnen, wo abgewiesene Asylsuchende untergebracht werden, welche die Schweiz verlassen müssen. Der Regierungsrat präzisiert, dass «das Zentrum über rund 350 bis 450 Nothilfeplätze verfügen wird».

Im August 2018 wurde dem Regierungsrat eine Petition mit über tausend Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern eingereicht, die sich gegen dieses Zentrum wehren, da sie es im Vergleich zur Bevölkerung der Ortschaften am Tessenberg für unverhältnismässig erachten. Viele aus der Region machen sich zudem Sorgen, dass sich der jeweils im Sommer herrschende Trinkwassermangel durch zusätzliche 350 bis 450 Personen auf dem Tessenberg noch verschärfen könnte. Und schliesslich ist belegt, dass der Regierungsrat in seinen Vorbereitungsarbeiten ein Asylzentrum mit einer Kapazität von maximal 700 Personen vorsieht. Diese Zahl steht ausdrücklich in den Unterlagen zum besagten Vorhaben.

Fragen:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat der von über tausend Bürgerinnen und Bürgern unterzeichneten Petition, die sich gegen das zu grosse Zentrum wehrt, Rechnung zu tragen?
2. Inwieweit hat der Regierungsrat bei der Planung dieses Rückkehrzentrums für Hunderte von Personen das schwerwiegende Problem der saisonal bedingten Trinkwasserknappheit auf dem Tessenberg berücksichtigt?
3. Hält der Regierungsrat an seinem ursprünglichen Ziel einer maximalen Kapazität von 700 Personen fest oder hat er diese Zahl nach unten korrigiert? Wenn ja, warum?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 02.09.2018

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: POM

Transparenz bei der Informationspraxis zur angenommenen Motion 051-2016 vom 10.3.2016

Am 23.2.2017 hat der Grosse Rat die folgende Information erhalten: Im Frühling 2017 ist ein Gespräch zwischen der KAPO und STAWA zur Umsetzung der Motion geplant.

Nun sind seither 1½ Jahre vergangen, und die im Juni 2016 überwiesene Motion ist immer noch nicht umgesetzt. Dies, obschon andere Kantone der Empfehlung der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz gefolgt sind und Transparenz bei der Angabe der Nationalität von Straftätern hergestellt haben.

Fragen:

1. Warum ist die Umsetzung der Motionsforderungen in anderen Kantonen möglich und im Kanton Bern nicht?
2. Steht der Datenschutz von Straftätern über dem Öffentlichkeitsrecht der Bevölkerung?
3. Wäre das Wissen betreffend den Zusammenhang von Straftaten und Migration nicht auch eine Chance, um gezielte Präventionsmassnahmen einzusetzen?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosse Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 03.09.2018

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: POM

Polizeieinsatz Schützenmatte 1./2. September 2018

Die Zeitung Der Bund berichtet am 3.9.2018 über den Polizeieinsatz auf der Schützenmatte. Die Berichterstattung wirft Fragen bezüglich der Einsatzziele und Einsatzmittel auf.

Fragen:

1. Welche Einsatzziele verfolgte die Kantonspolizei?
2. Welche Ziele wurden erreicht, welche nicht?
3. Erachtet der Regierungsrat die eingesetzten Einsatzmittel als verhältnismässig?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 03.09.2018

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortet durch: POM

Soll der Zivilschutz kantonalisiert werden?

Angeblich sollen dieses Jahr bereits Gespräche über eine allfällige Kantonalisierung des Zivilschutzes im Kanton Bern aufgenommen worden sein.

Frage:

— Trifft es zu, dass der Kanton Bern derzeit Gespräche über eine Kantonalisierung des Zivilschutzes bis 2020/2022 führt?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 03.09.2018

Eingereicht von: Ammann (Bern, AL)

Beantwortet durch: POM

Umgang mit Videoaufnahmen von Dritten bei Polizeieinsätzen – Rechtsgrundlagen und Ausbildungsinhalte

Bei Polizeieinsätzen ist zu beobachten, dass der Umgang mit filmenden Passantinnen und Passanten sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Manche Polizistinnen und Polizisten sagen, dass es nicht erlaubt sei zu filmen, andere versuchen, das Filmen zu verhindern oder zu erschweren, indem sie sich zwischen die filmende Person und das Ereignis stellen, wieder andere lassen das Filmen ungehindert zu. Weitere fordern die filmenden Personen auf, das Video umgehend zu löschen.

Die unterschiedlichen Aussagen führen zu einem Klärungsbedarf, damit sogenannte Drittpersonen, aber auch die Polizistinnen und Polizisten im Einsatz ihre Rechte und Pflichten kennen.

Fragen:

1. Auf welche rechtlichen Grundlagen können sich Polizistinnen und Polizisten stützen, wenn sie versuchen zu verhindern, dass Polizeieinsätze gefilmt werden?
2. Wird im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der Polizistinnen und Polizisten der Umgang mit filmenden oder fotografierenden Passantinnen und Passanten thematisiert? Wenn ja: Welches sind die Empfehlungen an die (angehenden) Polizistinnen und Polizisten?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 03.09.2018

Eingereicht von: Ammann (Bern, AL)

Beantwortet durch: POM

Umgang mit Videoaufnahmen von Dritten bei Polizeieinsätzen – Dienstvorschriften und Begrifflichkeiten

In der Praxis sind die Dienstvorschriften und die Definition zentraler Begrifflichkeiten elementar für das Handeln von Polizistinnen und Polizisten im Einsatz.

Fragen:

1. Inwiefern ist der Umgang mit Videoaufnahmen von Dritten bei Polizeieinsätzen in den internen Dienstvorschriften geregelt? Wie ist der Wortlaut der allfälligen Dienstvorschrift?
2. Gemäss Wissensstand der anfragenden Person darf das Filmen von Polizeieinsätzen nur dann unterbunden werden, wenn ein Einsatz durch die filmende Drittperson behindert wird. Wie wird eine «Behinderung eines Einsatzes» definiert?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 03.09.2018

Eingereicht von: Alberucci (Ostermundigen, glp)

Beantwortet durch: JGK

Möglichkeiten zur Unterstützung der Gemeinde Ostermundigen im Zusammenhang mit einer möglichen Fusion mit der Stadt Bern

Am 23. August hat das Ostermundiger Parlament beschlossen, die Fusion mit der Stadt Bern vertieft zu prüfen. Eine Fusion stellt ein sehr komplexes Unterfangen dar, das eine starke Beanspruchung der finanziellen und personellen Ressourcen einer Gemeinde nach sich ziehen kann.

Aufgrund der angespannten Ressourcenlage der Gemeinde Ostermundigen ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

Fragen:

1. Welche finanzielle und personelle Unterstützung kann der Kanton der Gemeinde Ostermundigen im Zusammenhang mit einer Fusion mit der Stadt Bern gewähren?
2. In welchen Phasen dieses Fusionsprojekts könnten welche Hilfestellungen angeboten werden? Oder wie sieht insbesondere die Unterstützung des Kantons in der Projektphase – also der Phase vor einer allfälligen Parlaments- und Volksabstimmung – aus?
3. Welche Massnahmen sind seitens Ostermundigen nötig, um sich optimal seitens des Kantons unterstützen zu lassen?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat